

Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage

- Drucksache 17/2698 -

Wortlaut der Anfrage der Abgeordneten Julia Hamburg, Helge Limburg, Belit Onay, Filiz Polat und Meta Janssen-Kucz (GRÜNE), eingegangen am 07.01.2015

Rechte Straftaten in Niedersachsen im vierten Quartal 2014

Am ersten Oktoberwochenende (3./4. Oktober) ist es zu Auseinandersetzungen am Refugee-Protest-Camp (Weißekreuzplatz) in Hannover gekommen. Dabei wurden Unterstützerinnen und Unterstützer von Personen angegangen, die dabei rechte Parolen gerufen haben sollen. Am 25. Oktober 2014 fand eine NPD-Kundgebung in Jever statt, an der 16 Personen der rechten Szene teilnahmen. Am 22. November 2014 demonstrierten rund 70 Personen der rechten Szene in Hannover „für die Opfer linker Gewalt“. Am Rande von Demonstrationen kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Straftaten.

Nicht alle Geschehnisse erreichen die Öffentlichkeit.

Wir fragen die Landesregierung daher:

1. Wie viele rechte Straftaten wurden in Niedersachsen im vierten Quartal 2014 jeweils polizeilich registriert (bitte auflisten nach Landkreisen/kreisfreien Städten)?
2. Wie viele der unter 1. genannten rechten Straftaten waren Gewaltdelikte?
3. Wie viele der unter 1. genannten rechten Straftaten hatten einen rassistischen (fremdenfeindlichen) Hintergrund?
4. Wie viele Tatverdächtige konnten zu den Straftaten ermittelt werden?
5. Zu wie vielen Verurteilungen kam es im Zuge der Ermittlungen?
6. In wie vielen Fällen wurde die Ermittlung eingestellt?

(An die Staatskanzlei übersandt am 13.01.2015)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 23.22-01425/2-2014 -

Hannover, den 27.02.2015

Nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder wurde bundesweit im Jahr 2001 ein einheitlicher Kriminalpolizeilicher Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität eingeführt, um eine bundeseinheitliche und differenzierte Auswertung und Lagedarstellung zu ermöglichen.

Dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- werden danach Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind. Dies trifft insbesondere auf Delikte zu, bei denen Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Niedersachsen gewährleistet hinsichtlich der Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität aufgrund der vereinbarten Erfassungsvorgaben eine ständige Aktualität, auch für bereits zurückliegende Zeiträume. Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren oder Gerichtsurteilen finden auch für vergangene Jahre Berücksichtigung in der Statistik. Dies führt dazu, dass Änderungen bzw. Nacherfassungen notwendig werden, welche die Vergleichbarkeit von Daten insbesondere in Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt beeinflussen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage auf Grundlage der Berichterstattung des Landeskriminalamtes Niedersachsen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Anzahl der polizeilich registrierten rechten Straftaten in Niedersachsen im vierten Quartal 2014 (Stand: 26.01.2015):

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Straftaten 4. Quartal 2014
Aurich	4
Celle	6
Cloppenburg	7
Cuxhaven	1
Diepholz	2
Emsland	6
Friesland	9
Gifhorn	5
Goslar	5
Göttingen	6
Grafschaft Bentheim	1
Hameln-Pyrmont	6
Region Hannover (ohne Stadt Hannover)	15
Harburg	10
Heidekreis	6
Helmstedt	4
Hildesheim	5
Holz Minden	2
Leer	2
Lüchow-Dannenberg	1
Lüneburg	1
Nienburg (Weser)	1
Northeim	4
Oldenburg	4
Osnabrück	9
Osterholz	1
Osterode am Harz	2
Peine	1
Rotenburg (Wümme)	9
Schaumburg	3
Stade	4
Uelzen	1
Vechta	8
Verden	6
Wittmund	2
Wolfenbüttel	1
Stadt Braunschweig	14
Stadt Delmenhorst	7
Stadt Hannover	54
Stadt Oldenburg	6
Stadt Osnabrück	7

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Straftaten 4. Quartal 2014
Stadt Salzgitter	11
Stadt Wilhelmshaven	4
Stadt Wolfsburg	3
Gesamtergebnis	266

Zu 2:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen rechten Gewaltdelikte in Niedersachsen im vierten Quartal 2014 (Stand: 26.01.2015):

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Gewaltdelikte 4. Quartal 2014
Region Hannover (ohne Stadt Hannover)	1
Harburg	2
Wittmund	1
Stadt Braunschweig	1
Stadt Hannover	9
Stadt Oldenburg	1
Gesamtergebnis	15

Zu 3:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen rechten Straftaten mit rassistischem bzw. fremdenfeindlichem Hintergrund in Niedersachsen im vierten Quartal 2014 (Stand: 26.01.2015):

Landkreis/ kreisfreie Stadt	4. Quartal 2014	
	Fremdenfeindlichkeit	Rassismus
Aurich	1	0
Cloppenburg	2	0
Emsland	1	0
Friesland	3	0
Gifhorn	1	0
Göttingen	3	1
Hameln-Pyrmont	2	0
Region Hannover (ohne Stadt Hannover)	1	0
Harburg	3	1
Heidekreis	2	1
Helmstedt	2	0
Northeim	2	0
Osnabrück	1	0
Osterholz	1	1
Peine	1	0
Rotenburg (Wümme)	3	0
Uelzen	0	1
Wittmund	2	1
Stadt Braunschweig	5	1
Stadt Delmenhorst	3	0
Stadt Hannover	21	5
Stadt Oldenburg	1	0
Stadt Osnabrück	2	1
Stadt Salzgitter	2	0
Stadt Wolfsburg	1	0
Gesamtergebnis	66	13

Zu 4:

Anzahl der Personen, gegen die ausweislich polizeilicher Statistiken im Zusammenhang mit den unter Frage 1 aufgelisteten Straftaten Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden in Niedersachsen im vierten Quartal 2014 (Stand: 26.01.2015).

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Ermittelte Personen 4. Quartal 2014
Aurich	4
Celle	1
Cloppenburg	2
Emsland	2
Friesland	5
Gifhorn	1
Goslar	2
Göttingen	3
Grafschaft Bentheim	1
Region Hannover (ohne Stadt Hannover)	6
Harburg	5
Heidekreis	3
Helmstedt	5
Hildesheim	2
Holzminden	1
Leer	2
Lüchow-Dannenberg	1
Northeim	4
Osnabrück	2
Osterholz	1
Peine	1
Rotenburg (Wümme)	4
Stade	1
Uelzen	1
Wittmund	1
Wolfenbüttel	1
Stadt Braunschweig	8
Stadt Delmenhorst	1
Stadt Hannover	66
Stadt Oldenburg	4
Stadt Osnabrück	5
Stadt Salzgitter	3
Stadt Wilhelmshaven	2
Stadt Wolfsburg	3
Gesamtergebnis	154

Zu 5 und 6:

Aufgrund der kurzen Zeitspanne seit dem Verstreichen des vierten Quartals sind die polizeilichen Ermittlungen sowie die justiziellen Verfahren noch nicht in jedem Fall abgeschlossen. Mitteilungen der Staatsanwaltschaften an die zuständige Polizeidienststelle über Verfahrenseinstellungen bzw. Verfahrensausgänge sind noch nicht vollständig im polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem eingepflegt.

Auf Ebene der Justiz erfolgt keine statistische Erfassung rechtsextremistischer Straftaten, weshalb die justiziellen Statistiken diese nicht ausweisen. Es ist daher aus den Statistiken nicht ersichtlich, gegen wie viele Personen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Straftaten Ermittlungsverfahren eingeleitet sowie Hauptverfahren eröffnet worden sind und Verurteilungen erfolgten. Eine Erfassung der wegen rechtsextremistischer Straftaten eingeleiteten und beendeten Ermittlungsverfahren erfolgt bei den Staatsanwaltschaften, die das erhobene Zahlenmaterial jährlich dem Justizmi-

nisterium mitteilen. Für das vierte Quartal 2014 liegen dem Justizministerium noch keine Zahlen vor.

Boris Pistorius